

873/AE XX.GP

Entschließungsantrag

der Abg. Anna Elisabeth Aumayr, Koller, Wenitsah, Dr. Salzl, Mag. Stadler
betreffend Maßnahmen für Österreichs Schweinehalter

Die BSE - Krise und der Nachfrageschwund für Rindfleisch brachte europaweit einen Anstieg der Erzeugerpreise für Schweine. Dies nahm die österreichische Agrarbürokratie zum Anlaß, ab Mitte 1996 die im EU - Vertrag vereinbarten degressiven Ausgleichs - Zahlungen für die österreichischen Schweinehalter zu stoppen.

Durch die Krisen in Asien und Rußland ist die Nachfrage nach europäischem Schweinefleisch dort stark zurückgegangen, während gleichzeitig Deutschland und die Niederlande ihre Ausfälle durch Schweinepest. überwunden haben und wieder voll liefern. Das hat zu einem drastischen Preissturz von ca. 30 % geführt.

Von den Einlagerungs - und Exporthilfen der EU profitieren wieder nur Massen - und Intensivtierhalter sowie Lager - und Exportfirmen. Kleinstrukturierte österreichische Schweinehaltungen sind zu diesen Konditionen nicht wettbewerbsfähig und vom Ruin bedroht. Es ist daher höchste Zeit, die ausständigen degressiven Ausgleichszahlungen nicht länger einzufrieren, sondern den Bauern möglichst noch in diesem Herbst zukommen zu lassen.

Daher stellen die unterzeichneten Abgeordneten den nachstehenden
Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

“Der Bundesminister für Land - und Forstwirtschaft wird dringend ersucht, im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen

1. die im EU - Vertrag vereinbarten, aber seit Mitte 1996 gestoppten degressiven Ausgleichszahlungen an österreichische Schweine - halter im gesamten Umfang noch im Herbst 1993 auszuzahlen,
2. gesetzliche Vorkehrungen zur Streichung des AMA - Marketing - beitrages für Schweine zu treffen.”

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung dieses Antrages an den Ausschuß für Land - und Forstwirtschaft beantragt.